

Zukunft ohne Erinnerung? Überlegungen zum Ort der Deportation aus historischer Perspektive.

In den zugesandten Unterlagen¹ sind nur verstreut Anhaltspunkte zu örtlichen Verhältnissen des Deportationsgeschehens in Hamburg zu finden.

Von einem im Hamburger Hafen abgelegenen Frachtschuppen ist die Rede, abseits vom Hannoverschen Bahnhof für die Sinti und Roma; offenbar getrennt vom „Sammelpunkt“ Lohseplatz für die Juden.

Die Transportzusammenstellung auf LKWs vor dem Logenhaus in der Moorweidenstraße 36, an dem, wie Beate Meyer schreibt, im Minutentakt die S-Bahnen vorbeirauschten und wo es heute den „Platz der Jüdischen Deportierten“ gibt, mit einem sehr beliebigen Gedenkbetonklotz und aus unterschiedlichen Zeiten stammenden Tafeln an Ecken der wenig bemerkenswerten Grünanlage.

Hat dort, wie mitgeteilt wird, überhaupt „der Weg tausender jüdischer Bürger Hamburgs“ begonnen, „der in den Vernichtungslagern des Nazi-Regimes endete“?

Oder begann er nicht bereits mit dem Erhalt eines Gestapo-Befehls oder einer Aufforderung der Jüdischen Gemeinde (wie in Berlin), zu einer befohlenen Zeit die Wohnung zu verlassen oder in eines der rund 100 Hamburger Judenhäuser umzuziehen? Oder eigentlich nicht schon viel früher, beim erzwungenen Wohnungswechsel infolge von Arbeits- und Vermögensverlust? Oder bei den zahlreichen Vorladungen, Zwangsmaßnahmen und Verhaftungen?

Können wir überhaupt jetzt noch die Erinnerung von der letzten Wohnung auf der Transportlinie zur Mordstätte über den Ort der Abfahrt nachvollziehen?

Kein Mensch im heutigen Hamburg mit dem ich über diesen letzten Stellplatz spreche, hört mir nicht aufmerksam zu. Aber mit wem spreche ich schon? Wird dies auch die Nachgeborenen der Nachgeborenen interessieren?

Welche Sachlichkeit ist angemessen? Was erinnert noch wirklich an den seinerzeit von Todesfurcht belegten Ort?

¹ Die Referenten bekamen im Vorfeld des Colloquiums „Der Erinnerungsort Lohseplatz in der Hafencity“ eine Studie der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg zugeschickt.

Welcher Bahnsteig? Auf einem Bahnsteig – welchem? – des Hannoverschen Bahnhofs kam es zu exzessiver Tat, die noch unmittelbar hier in der Aura der Stadt die Abfahrt mit dem Tod verband.

Bei meinem Ortstermin kürzlich sehe ich verbliebene Gleise, auch zwei, drei Rampen, die, egal in welchem Zustand, immer Assoziationen zur Reichsbahn und Birkenau hervorrufen. Gibt es eine dokumentierte Baugeschichte der anliegenden Lagerhallen?

Das bucklige Straßenpflaster rings um den Lohseplatz fällt mir auf. Es scheint authentischer, vielleicht das einzige Relikt über dem Tränen entsetzlichen Leids verflossen. Technisch gesehen wahrscheinlich deshalb erhalten, weil es bei Überschwemmung den Abfluss des Wassers am Besten gewährt.

Welche Fläche soll der Erinnerung zur Verfügung stehen? Die aus der jetzigen Brache heraus angelegten etwa tausend Quadratmeter der Grünanlage, mit open -air - Erklärungstext auf gläsern-modernem Werbeträger, sind fürs Erste angedacht.

Wann wird hier die Hafencity entstehen? Wie ich höre, erst im Jahr 2017.

Dennoch scheint die Zeit knapp zu sein - äußerst knapp - wenn vielleicht noch ein wenig mehr bei den sehr, sehr viel weniger gewordenen der früheren Generation Hamburgs erfragt werden sollte. Obzwar die vorliegende Forschung inzwischen zunehmend Antworten bietet, liegt manches noch diffus im Dunkeln, um gesicherte Erkenntnisse äußern zu können.

Kann noch in anderweitigen Zeugenberichten nachgeforscht werden?

Gibt es vielleicht doch noch Eisenbahner, die etwas Konkretes zum damaligen Geschehen beitragen können und wollen? Oder LKW-Fahrer? Doch bedenken wir einmal, wie alt diese Menschen heute wären, wenn sie damals ganz jung waren.

Ich frage mich:

die Verbrecher mögen ihre Gründe für das Schweigen gehabt haben. Doch wie selten ist Mut bekannt geworden, sich zu den belastenden Vorgängen zu äußern? Auch nicht von den Zuschauern, den beiläufigen Zeugen? Welche Hinweise liefern die von Gottwaldt und Schulle vorgestellten Akten der Reichsbahn oder solche vom Suchdienst Arolsen?

In meinem Bild jedenfalls, vom Ende der jüdischen Lebensexistenz und der Jüdischen Gemeinde Hamburgs, stehen viele Antworten aus, die mich auf das Colloquium neugierig machen, wahrscheinlich sind wichtige Fragen noch nicht einmal gestellt, die mit der Regionalgeschichte der Schoah verknüpft sind.

Aus solchen Defiziten heraus, erklärt sich möglicherweise auch die unter Juden nicht selten verbreitete Meinung:

- „wozu sollen wir uns für solche Mahnmale einsetzen, wir haben doch niemanden deportiert“.
- Oder: „Die Erinnerung an die Verbrechen der Nazis gehört ins Bewusstsein der Menschen und nicht in Beton gegossen.“
- Oder: „die Lebenden würden hierüber allzu gern vergessen, um deren Lebensperspektive es doch in erster Linie gehen sollte.“

Bisweilen entsteht sogar der fatale Eindruck, Juden – die Opfer! - seien zu einem begehrten musealen Exponat avanciert, gewissermaßen ein Phänomen der aus Deutschland sprudelnden Moralität.

(Bis auf den Weltfrieden natürlich, versteht sich, da machen *die* Juden jetzt keine gute Figur, wie man ja von *diesem* oder *jenem* Juden weiß!)

Eine opferzentrierte Gestaltung der Erinnerungsstätte in der zukünftigen Hafencity würde auch kaum mehr hervorrufen, was nicht andernorts bereits herausgestellt ist. Schon gar nicht plädiere ich für Routinetexte auf Gedenktafeln.

Meine Gedanken gehen in eine andere Richtung:

„Vernichtung“, „total“ – wir verwenden viele Worte aus der „Tätersprache“. Welcher Sprachschatz bleibt im Erinnerungswesen beim Erinnern eigentlich weitestgehend unangetastet?

Höre ich zum Beispiel das Wort „total“, ruft dieses bei mir immer ein Echo hervor: das hysterische Schreien von Goebbels, die abscheulichen Tiraden seiner fanatischen Gesinnung, in deren Kern unzweifelhaft der rassistische Hass lag, der egal ob Hausarzt oder Nachbar, ob Säugling oder Greis, jeden Menschen anderer Herkunft und Geburt, die den Vorstellungen der Herrenrasse nicht entsprachen, in der Tiefe jegliches Existenzrecht absprach. Ahnen, Blick, das Aussehen genügten – reicht eben Menschen nationalsozialistischer Prägung (siehe jüngst Halberstadt) - und die „totale“ Gewalt fand und findet ihre Opfer. Sie hatte und sie hat aber auch immer wieder Täter.

Der Verlust von Erinnerung scheint einer eigentümlichen Abwesenheit von Anstand und anerkannter Würde anderen Menschen gegenüber zu entsprechen.

Was könnte, stattdessen, dem entgegengerichtet geleistet werden?

Verbreitete Ignoranz und Verdrängung in den Jahrzehnten seither lassen nur schwerlich daran glauben, dass es der Hehlerei, geschweige der Täterschaft gegenüber, irgendwann einmal in der langen Nachkriegszeit, eine wirklich tiefergehende, nachhaltig wirksame Auseinandersetzung - zumindest in den Familien - mit den Themen Untertanengeist, Bereicherungstrieb, Denunziation oder verkümmertes Zivilcourage gegeben hätte.

Hierzu gehört, den Erkenntnissen Ausdruck zu verleihen, was gerade mal vor einem Menschenleben, von der weit überwiegenden Mehrheit der Menschen einfach gebilligt und dann oft mit ausdrücklicher Zustimmung geschehen konnte. Vielleicht sollte eine an frei interpretierbare Kunst gebundene Wirkung gesucht werden.

Wie das Beispiel des Mahnmals in Berlin belegt – bekanntlich im Gegensatz zum Lohseplatz der Hafencity kein authentischer Ort! – trifft eine an Information und Wissen gebundene Darstellung jedoch eher den Nerv, der nicht vergessen lässt und beschönigende Nachkriegsverklärung aufbricht. Vielleicht zur Bezugskette, **Untertanengeist, schamlose Bereicherungssucht, Hehlerei, Denunziation, bei weitest gehender Abwesenheit von Zivilcourage** – Momente, die gewissermaßen das Gleisbett der Schienen fundierten, die die Transporte zur „Endlösung“ führten.

Denkbar ist jedoch gleichfalls, aus einem anderen Blickwinkel der Auseinandersetzung mit der Geschichte im Spiegel heutiger gesellschaftlicher Gefährdungslagen, eine **Antirassismus-Erinnerungsstätte** zu schaffen, die dem Sinn nach Prävention meint, Gefährdungspotenziale der Demokratie thematisiert.

Denken wir allein daran, wie in weiten Teilen Europas wieder die Sinti und Roma diskriminiert werden, ohne dass die Weltöffentlichkeit auffällig und entschlossen Gegenmaßnahmen ergreift. Ja nicht einmal die Nachbarn ergreifen Partei, mitunter ist das Gegenteil der Fall!

Gelänge es einen Ort der Auseinandersetzung mit solchen Themen zu schaffen, die zum unabdingbaren **Korrosionsschutz humanitärer Gesellschaftsverhältnisse** gehören und deren Fehlen wir in Teilen der Bevölkerung heute bereits angesichts des in aller Öffentlichkeit wieder angeschwollenen und sogar salonfähig gewordenen nationalsozialistischen Gedankenguts zu recht sehr besorgniserregend konstatieren müssen, dann könnte sich meines Erachtens mit der neuen „Stadtvision am Wasser“ in der Hafencity unmittelbar ein Quantensprung im Erinnerungswesen Deutschlands verbinden lassen.

Das Hineindenken, das Erkennen von komplexen Zusammenhängen früherer Ausgrenzung bis zur Verbringung zu den Mordstätten – die Fakten der hoffnungslos verblichenen Biografien - führen nicht unbedingt jedweden Menschen der Folgegeneration zu einem persönlichen Zugang oder zur Zueignung von Schicksalsfragen heran. Doch konstitutiv sollte eine solche kritische Reflexion den Bürgersinn gewahrt werden lassen, ein auch über die Schattenseiten aufgeklärter Mensch inmitten einer Verantwortungsgemeinschaft zu sein. So könnte ein aufrechtes Interesse an weiter führenden Bemühungen, der Beantwortung dieser harten und unergründlichen Realität weiter nachzuspüren, vermittelt werden. Einzig solchermaßen erzeugte Unruhe erscheint mir geeignet, entscheidend, zumindest ein Stück ideell dazu bei zu tragen, den zugenommenen Gesellschaftsverunsicherungen ein stabilisierendes Moment hinzu zu fügen.

Insbesondere spreche ich mich für eine Erinnerung an solchen authentischen Orten aus, die Bruchverhältnisse charakterisieren. Diese Chance besteht gewissermaßen inmitten des neugestalteten Stadtmilieus, wenn hier ein Keil der Aufmerksamkeit entstände, der, bürgerlicher Behaglichkeit komplementär, den Bürgersinn von Aufklärung implantiert.

Denn insofern zum Beispiel die verdrängten Tatsachen der unvergleichlichen Verbrechen an der Menschheit zu einem ablesbaren Aussagewert verdichtet werden, der geeignet ist, heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Gefährdungspotenzialen zu begegnen, wird Gegenwehr bestärkt. Denn alle Seiten der Bürgergesellschaft sind daraufhin anzusprechen, weil unser Aller Lebensperspektive kein diesbezügliches Versagen ertragen kann.

Dies stellt - wenn mit bedachtsamer Überlegung realisiert und an ein demokratisches Prozedere gebunden - keineswegs eine unzulässige Instrumentalisierung dar. Im Gegenteil, hierdurch wird dem Hang zu einer heute bisweilen noch immer nur allgemeinen Deklaration von Opferbetroffenheit wirksamer widersprochen. Hier wäre das Gegenteil von dem angesagt, gewissermaßen nicht „die Menora ins Fenster“ gestellt zu haben, das heißt die Juden nicht vordergründig als Opfer mit allem was ihnen lieb und teuer war darzustellen. Indem die Bloßlegung einer historischen, ich nenne es einmal, „**Grundierung**“ gelänge, also dem, was seinerzeit der Bevölkerung wesentlich fehlte und die Unglaublichkeit der Verbrechen doch erst ermöglichte, wachsen die Voraussetzungen, nicht einfach stets nur mit dem Finger auf andere zu zeigen. Es sollten also Aussagen die auf Wissen basieren mit der Erinnerung verbunden zum Ausdruck gebracht werden, die wegen der praktizierten Verdrängung und den heute oft konstatierten Defiziten im öffentlichen Bewusstsein, einer Überflutung mit rechtsnationalistischen Anschauungen standhalten können.

Ein solch inhaltlicher **Zugang aus dem Negativgehalt** heraus, entspricht dann erst dem oft zitierten Sinn: Gute Zukunft ist nur unter Einschluss wahrhaftiger Erinnerung möglich.

Im Mindesten ist also eine mit der deutschen Geschichte verknüpfte Auseinandersetzung im Hinblick auf die **Ächtung des Verschweigens von Täterschaft** einer, in Teilen, ignoranten und noch immer inhumanen Bevölkerung und ihrer noch immer latenten rassistischen Vorstellungen auszudrücken.

Das wird eine harte Anstrengung kosten.

Doch gerade wegen der mit revisionistischer Verklärung überzogenen Leugnung der Geschichte des III. Reiches im Bewusstsein vieler Menschen und des verfestigt weiter bestehenden Antisemitismus und Rassismus muss sich die Bürgerschaft mit dem Thema der heutigen Gesellschaft gegenüber kritisch befassen.

Insofern könnte, sofern die authentische Erinnerung am Hamburger Bahnhof noch an einem Relikt verortet werden kann, der **Negativwert einer deutschen Erinnerung** in der zukünftig neugestalteten HafenCity zu einer Idee dahin gehend entwickelt werden, dass mit dem Wissen über die von deutschen Menschen verursachte zivilisatorische Katastrophe, Maßstäbe unverzichtbarer Gesellschaftsnormen der Aufklärung einen den Opfern würdigen Ausdruck fänden.

Wie wir schon jetzt im Generationenabstand zu 1990 erleben, kann jenen Beruhigten, die meinen, es sei ein gesellschaftspolitischer Konsens zur Erinnerungspolitik zustande gekommen, kaum zugestimmt werden.

Es gibt noch und noch Belege - nicht nur die von Frau Steinbach oder Herrn Knabe vertretenen Auffassungen und Vorstellungen- wie sehr Erinnerung Tag für Tag in unserem Land umkämpft wird. Insbesondere, nachdem die politischen Veränderungen nach 1990 ein höheres Niveau der Bürgergeltung für das Erinnerungswesen versprochen, versuchen - nicht immer unmaßgebliche - Leute aus der Sphäre der Politik, sich die Entscheidungskompetenzen einseitig zu zuordnen. So hört man wieder häufiger, „wer die Musik bezahlt, bestimmt auch was gespielt wird“.

Das zu vermeiden und die Bürger- und Betroffeneninitiativen einzubeziehen, sowie deren engagierte Auseinandersetzungen zu beachten gehört zu den Voraussetzungen überzeugender Geschichtspolitik.

